



04.01.2016

## **AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN BULLETIN**

1. Erste Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung des Präsidiums der Hochschule Bochum vom 04.12.2015  
Seiten 3 - 4
2. Geschäftsordnung des Präsidiums der Hochschule Bochum in der Fassung der Ersten Änderungsordnung  
Seiten 5 - 10

## **Erste Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung des Präsidiums der Hochschule Bochum**

vom 4. Dezember 2015

Aufgrund des § 2 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 38 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung der Bekanntmachung des Hochschulzukunftsgesetzes (HZG NRW) vom 11. September 2014 (GV. NRW S. 547), erlässt die Hochschule Bochum folgende Ordnung:

### **Artikel I**

Die Geschäftsordnung des Präsidiums der Hochschule Bochum vom 27. Februar 2015 (Amtliche Bekanntmachungen der Hochschule Bochum Nr. 820) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 wird in Absatz 4 am Ende ein neuer Satz mit folgenden Wortlaut eingefügt:

„Entsprechendes gilt für den Fall, dass die Stelle der Kanzlerin oder des Kanzlers nicht besetzt ist, für die Vertreterin oder den Vertreter der Kanzlervertreterin oder des Kanzlervertreters im Amt.“

2. In § 6 Abs. 1 wird nach Satz 2 ein neuer Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Für den Fall, dass die Stelle der Kanzlerin oder des Kanzlers nicht besetzt ist, zählt die Vertreterin oder der Vertreter der Kanzlerin oder des Kanzlers im Amt wie ein Präsidiumsmitglied gemäß § 2.“

### **Artikel II**

Die Änderungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Bochum in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Präsidiums der Hochschule Bochum vom 14. Dezember 2015.

Bochum, den 15. Dezember 2015

Hochschule Bochum  
Der Präsident

gez. *Sternberg*

(Prof. Dr.-Ing. Martin Sternberg)

## **Geschäftsordnung des Präsidiums der Hochschule Bochum**

vom 27. Februar 2015

**- in der Fassung der Ersten Änderungsordnung vom 4. Dezember 2015 -**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 15 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung der Bekanntmachung des Hochschulzukunftsgesetzes (HZG NRW) vom 11. September 2014 (GV. NRW S. 547), gibt sich das Präsidium der Hochschule Bochum folgende Geschäftsordnung:

### **Inhaltsübersicht**

- § 1 Aufgaben des Präsidiums
- § 2 Mitglieder des Präsidiums
- § 3 Vertretungsregelungen
- § 4 Präsidiumssitzungen
- § 5 Einladung und Tagesordnung
- § 6 Beschlussfähigkeit
- § 7 Beschlussfassung
- § 8 Protokoll
- § 9 Zusammenarbeit im Präsidium
- § 10 Zusammenwirken von Präsidium und Hochschulverwaltung
- § 11 Handhabung dieser Geschäftsordnung
- § 12 In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten

## **§ 1 Aufgaben des Präsidiums**

- (1) <sup>1</sup>Das Präsidium leitet die Hochschule.
- (2) <sup>1</sup>In Ausführung der Leitungsfunktion obliegen dem Präsidium alle Angelegenheiten der Hochschule, für die im Hochschulgesetz oder in der Grundordnung nicht ausdrücklich eine andere Zuständigkeit festgelegt ist.
- (3) <sup>1</sup>Zu den besonderen Aufgaben des Präsidiums gehört die Verteilung der Stellen und Mittel.
- (4) <sup>1</sup>Die Präsidentin oder der Präsident kann gemäß § 11 Abs. 2 Grundordnung unbeschadet des § 19 HG die Richtlinien für die Erledigung der Aufgaben des Präsidiums festlegen.
- (5) <sup>1</sup>Das Präsidium kann gemäß § 12 Abs. 5 Grundordnung auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten feste Geschäftsbereiche für seine Mitglieder bestimmen, in denen sie die Geschäfte der laufenden Verwaltung in eigener Zuständigkeit erledigen. <sup>2</sup>Näheres regelt eine Geschäftsreichsordnung.

## **§ 2 Mitglieder des Präsidiums**

- (1) <sup>1</sup>Die Mitglieder des Präsidiums sind die Präsidentin oder der Präsident, die Kanzlerin oder der Kanzler, ggf. das weitere hauptberufliche Präsidiumsmitglied gemäß § 12 Abs. 1 S. 2 Grundordnung und die nichthauptberuflichen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten.
- (2) <sup>1</sup>Die Präsidentin oder der Präsident ist Vorsitzende oder Vorsitzender des Präsidiums und vertritt die Hochschule nach außen.

## **§ 3 Vertretungsregelungen**

- (1) <sup>1</sup>Bei Abwesenheit wird die Präsidentin oder der Präsident im Vorsitz des Präsidiums durch die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten vertreten, die oder der die Präsidentin oder den Präsidenten auch nach außen vertritt.
- (2) <sup>1</sup>Die Vertretung der Präsidentin oder des Präsidenten erfolgt im turnusmäßigen Wechsel für jeweils ein Jahr. <sup>2</sup>Die namentliche und zeitliche Reihenfolge wird zu Beginn der Amtsperiode durch das Präsidium festgelegt.
- (3) <sup>1</sup>Die Präsidentin oder der Präsident wird in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten durch die Kanzlerin oder den Kanzler vertreten.
- (4) <sup>1</sup>Die Kanzlerin oder der Kanzler wird bei Abwesenheit in Angelegenheiten des Präsidiums durch ihre oder seine Vertreterin bzw. ihren oder seinen Vertreter im Amt mit uneingeschränktem Stimmrecht vertreten. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für den Fall, dass die Stelle der Kanzlerin oder des Kanzlers nicht besetzt ist, für die Vertreterin oder den Vertreter der Kanzlervertreterin oder des Kanzlervertreters im Amt.
- (5) <sup>1</sup>Die nichthauptberuflichen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und das weitere hauptberufliche Präsidiumsmitglied gemäß § 12 Abs. 1 S. 2 Grundordnung können sich in Angelegenheiten des Präsidiums nicht durch Dritte vertreten lassen.
- (6) <sup>1</sup>Für die gegenseitige Vertretung der nichthauptberuflichen Vizepräsidentinnen oder der Vizepräsidenten sowie ggf. des weiteren hauptberuflichen Präsidiumsmitglieds gemäß § 12 Abs. 1 S. 2 Grundordnung wird zu Beginn der Amtszeit eine Regelung getroffen.

(7) <sup>1</sup>Die Präsidiumsmitglieder unterrichten sich gegenseitig über alle Angelegenheiten, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Präsidium, in zentralen Organen und Gremien oder in der Hochschulverwaltung von Bedeutung sein können.

#### **§ 4 Präsidiumssitzungen**

(1) <sup>1</sup>Den Vorsitz bei den Präsidiumssitzungen führt die Präsidentin oder der Präsident, im Verhinderungsfall die Vertreterin oder der Vertreter gem. § 3 Abs. 1.

(2) <sup>1</sup>Die Sitzungen des Präsidiums sind nicht öffentlich.

(3) <sup>1</sup>Die Präsidentin oder der Präsident kann Dritte zu den Präsidiumssitzungen oder zu einzelnen Tagesordnungspunkten hinzuziehen. <sup>2</sup>Die Hinzuziehung Dritter kann auch auf Wunsch eines anderen Präsidiumsmitgliedes auf der Grundlage eines Präsidiumsbeschlusses erfolgen.

(4) <sup>1</sup>Die Teilnehmerinnen oder Teilnehmer an den Präsidiumssitzungen sind grundsätzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und dürfen insbesondere Meinungsäußerungen und Stimmabgaben einzelner Präsidiumsmitglieder sowie Beratungsergebnisse in für vertraulich erklärten Angelegenheiten nicht weitergeben; Informationen zur Sicherstellung der verwaltungsmäßigen Ausführung von Präsidiumsbeschlüssen bleiben hiervon unberührt. <sup>2</sup>Unbeschadet dieser Einschränkungen sind die Präsidiumsmitglieder befugt, weitere Funktionsträgerinnen oder Funktionsträger und Mitglieder der Hochschulgremien über die Ergebnisse der Präsidiumsberatungen zu unterrichten, auch soweit sich diese nicht aus dem Protokoll ersehen lassen.

(5) <sup>1</sup>Präsidiumssitzungen finden regelmäßig statt. <sup>2</sup>Die Einberufung erfolgt durch die Präsidentin oder den Präsidenten.

(6) <sup>1</sup>Die Präsidentin oder der Präsident kann außerordentliche Präsidiumssitzungen einberufen. <sup>2</sup>Sie oder er muss sie immer dann einberufen, wenn mindestens zwei Präsidiumsmitglieder dies unter Angabe des Beratungsgegenstandes und der Dringlichkeitsgründe verlangen.

(7) <sup>1</sup>In unaufschiebbaren Angelegenheiten, in denen ein Beschluss des Präsidiums in einer turnusmäßigen Präsidiumssitzung nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, entscheidet die Präsidentin oder der Präsident mit einem weiteren Mitglied des Präsidiums allein (Eilentscheidung). <sup>2</sup>Die Rechte der Kanzlerin oder des Kanzlers als Beauftragte oder Beauftragter für den Haushalt bleiben unberührt. <sup>3</sup>Die Präsidentin oder der Präsident hat dem Präsidium unverzüglich die Gründe für die getroffene Entscheidung und die Art der Erledigung mitzuteilen.

#### **§ 5 Einladung und Tagesordnung**

(1) <sup>1</sup>Die Einladung zu einer Präsidiumssitzung erfolgt unter Beifügung eines Vorschlages für die Tagesordnung in der Regel zwei Arbeitstage vor dem vorgesehenen Sitzungstermin.

(2) <sup>1</sup>Beschluss- oder Informationsvorlagen aus den Dezernaten der Hochschulverwaltung, die der Tagesordnung beizufügen sind, sind so aufzubereiten, dass der zugrunde liegende Sachverhalt präzise dargestellt ist, Beschlussvorschläge oder Beschlussalternativen klar ersichtlich sind und die maßgebenden Entscheidungsgründe nachvollzogen werden können. <sup>2</sup>Die Vorlagen sind grundsätzlich der das Präsidium betreuenden Stelle der Hochschulverwaltung so rechtzeitig zuzuleiten, dass sie der Einladung und Tagesordnung beigefügt werden können und nicht als Tischvorlage in die Sitzung eingebracht werden müssen.

(3) <sup>1</sup>Die Präsidiumsmitglieder können unabhängig von nach Absatz 1 vorgeschlagener Tagesordnung Besprechungspunkte vor Feststellung der Tagesordnung in die Sitzung einbringen.

(4) <sup>1</sup>Zu Beginn der Sitzung wird die Tagesordnung von der Präsidentin oder dem Präsidenten festgestellt.

## **§ 6 Beschlussfähigkeit**

(1) <sup>1</sup>Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder einschließlich der Präsidentin oder des Präsidenten bzw. der Kanzlerin oder des Kanzlers anwesend sind. <sup>2</sup>Für den Fall, dass die Stelle der Kanzlerin oder des Kanzlers nicht besetzt ist, zählt die Vertreterin oder der Vertreter der Kanzlerin oder des Kanzlers im Amt wie ein Präsidiumsmitglied gemäß § 2. <sup>3</sup>Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn der Sitzung von der oder dem Vorsitzenden festzustellen.

(2) <sup>1</sup>In begründeten Ausnahmefällen sind bei Abwesenheit der Präsidentin oder des Präsidenten und der Kanzlerin oder des Kanzlers die übrigen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten beschlussfähig, falls die Präsidentin oder der Präsident und die Kanzlerin oder der Kanzler vorher ihr Einverständnis erklärt haben.

## **§ 7 Beschlussfassung**

(1) <sup>1</sup>Beschlüsse des Präsidiums bedürfen der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Präsidiumsmitglieder. <sup>2</sup>Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ist entscheidend, Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimme. <sup>3</sup>Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. <sup>4</sup>Beschlüsse des Präsidiums können gemäß § 11 Abs. 3 Grundordnung nicht gegen die Stimme der Präsidentin oder des Präsidenten gefasst werden; die Präsidentin oder der Präsident kann im Einzelfall auf dieses Recht verzichten.

(2) <sup>1</sup>Der Wortlaut der zur Abstimmung gestellten Beschlüsse wird von der oder dem Vorsitzenden vor der Abstimmung festgelegt. <sup>2</sup>Besteht keine Einigkeit über die Formulierung des Beschlusses, wird über die unterschiedlichen Formulierungen eines Beschlussvorschlags als selbstständige Beschlüsse abgestimmt. <sup>3</sup>Dabei ist über den inhaltlich weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen.

(3) <sup>1</sup>Die Kanzlerin oder der Kanzler kann hinsichtlich der Wirtschaftsführung Entscheidungen des Präsidiums mit aufschiebender Wirkung widersprechen. <sup>2</sup>Kommt keine Einigung zustande, so berichtet das Präsidium dem Hochschulrat, welcher eine Entscheidung herbeiführt.

(4) <sup>1</sup>Ein Präsidiumsmitglied, das bei einer Beschlussfassung überstimmt worden ist, kann verlangen, dass ihre oder seine abweichende Meinung im Protokoll vermerkt wird.

(5) <sup>1</sup>Wird ein Präsidiumsbeschluss anderen Stellen zugeleitet, so kann ein überstimmtes Präsidiumsmitglied verlangen, dass dem Beschluss bei Weiterleitung ein Sondervotum beigelegt wird. <sup>2</sup>Das Sondervotum muss bis spätestens zum Ende der Präsidiumssitzung angemeldet und innerhalb einer von der oder dem Vorsitzenden zu bestimmenden Frist mit Begründung eingereicht werden. <sup>3</sup>Die Anmeldung des Sondervotums sowie die Fristsetzung für die Begründung sind im Protokoll festzuhalten.

## **§ 8 Protokoll**

- (1) <sup>1</sup>Über die Präsidiumssitzungen werden von der das Präsidium betreuenden Stelle der Hochschulverwaltung Ergebnis- und Beschlussprotokolle gefertigt. <sup>2</sup>Die Protokolle sind vorab der Kanzlerin oder dem Kanzler zur Kenntnis und der Präsidentin oder dem Präsidenten zur Genehmigung zuzusenden.
- (2) <sup>1</sup>Beanstandungen des Protokolls sind in der folgenden Präsidiumssitzung anzumelden.
- (3) <sup>1</sup>Die Protokolle der Präsidiumssitzungen werden nicht veröffentlicht. <sup>2</sup>Die Dekaninnen und Dekane, die Dezernentinnen und Dezernenten der Hochschulverwaltung sowie die Leiterinnen und Leiter der zentralen Einrichtungen erhalten Ausfertigungen der Protokolle zur Information und als Arbeitsaufträge zur verwaltungsmäßigen Umsetzung der ihren jeweiligen Arbeitsbereich betreffenden Präsidiumsbeschlüsse. <sup>3</sup>Die Hochschulmitglieder, die Beschluss- oder Informationsvorlagen eingebracht haben, werden schriftlich informiert.

## **§ 9 Zusammenarbeit im Präsidium**

- (1) <sup>1</sup>Die Präsidentin oder der Präsident wirkt auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Präsidiumsmitglieder hin. <sup>2</sup>Hierzu ist die Einhaltung der gegenseitigen Informationsverpflichtung nach § 3 Abs. 7 unabdingbar.
- (2) <sup>1</sup>Die Präsidentin oder der Präsident leitet die Geschäfte und die Zusammenarbeit des Präsidiums. <sup>2</sup>Sie oder er kann hierzu die das Präsidium unterstützende Stelle der Hochschulverwaltung in Anspruch nehmen. <sup>3</sup>In Zusammenarbeit mit der Kanzlerin oder dem Kanzler obliegt der Präsidentin oder dem Präsidenten die Koordinierung der Arbeiten von Präsidium und Hochschulverwaltung.

## **§ 10 Zusammenwirken von Präsidium und Hochschulverwaltung**

- (1) <sup>1</sup>Die Kanzlerin oder der Kanzler trägt dafür Sorge, dass Verwaltungsangelegenheiten, die das Präsidium betreffen, gem. § 5 Abs. 2 behandelt werden. <sup>2</sup>Beschluss- oder Informationsvorlagen aus den Dezernaten der Hochschulverwaltung sollten, insbesondere wenn sie Entscheidungsalternativen beinhalten, zwischen der vorlegenden Kanzlerin oder dem vorlegenden Kanzler und der oder dem zur Präsidiumssitzung einladenden Präsidentin oder Präsidenten vorbesprochen werden, bevor die endgültige Entscheidung im Präsidium herbeigeführt wird.
- (2) <sup>1</sup>Soweit dies für die Behandlung von Beschluss- oder Informationsvorlagen oder zur Unterrichtung in besonderen Angelegenheiten sachdienlich ist, sorgt die Kanzlerin oder der Kanzler dafür, dass zu den Präsidiumssitzungen die zuständigen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Hochschulverwaltung dem Präsidium zur Verfügung stehen.
- (3) <sup>1</sup>Die Kanzlerin oder der Kanzler trägt als Leiterin oder Leiter der Hochschulverwaltung dafür Sorge, dass die zuständigen Stellen der Hochschulverwaltung die Beschlüsse des Präsidiums umsetzen. <sup>2</sup>Sie oder er berichtet dem Präsidium über die Ergebnisse der weiteren Bearbeitung.
- (4) <sup>1</sup>Die Kanzlerin oder der Kanzler stellt sicher, dass die Hochschulverwaltung das Präsidium insgesamt und seine einzelnen Mitglieder in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen bei der Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben unterstützt.
- (5) <sup>1</sup>Die Kanzlerin oder der Kanzler gewährleistet das Recht des Präsidiums, in Angelegenheiten der Hochschulverwaltung von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden. <sup>2</sup>Das Präsidium beschließt, in welchen Angelegenheiten der Hochschulverwaltung von grundsätzlicher Bedeutung es die Entscheidung an sich ziehen will. <sup>3</sup>Sollte die Kanzlerin oder der Kanzler gegen einen derarti-



gen Beschluss des Präsidiums ihr oder sein Veto einlegen und kommt keine Einigung zustande, berichtet das Präsidium dem Hochschulrat mit dem Ziel einer Entscheidung.

### **§ 11 Handhabung dieser Geschäftsordnung**

(1) <sup>1</sup>Wird in einer Präsidiumssitzung strittig, wie eine Bestimmung dieser Geschäftsordnung auszulegen ist, so kann die Auslegungsfrage mit Wirkung für die laufende Sitzung von der Präsidentin oder dem Präsidenten bzw. der Vertreterin oder dem Vertreter gem. § 4 Abs. 1 entschieden werden. <sup>2</sup>Mit dauernder Wirkung können Auslegungsfragen vom Präsidium nur durch entsprechende Änderung der Geschäftsordnung geregelt werden.

(2) <sup>1</sup>Will das Präsidium im Einzelfall von dieser Geschäftsordnung abweichen, so bedarf es der Zustimmung aller Präsidiumsmitglieder.

(3) <sup>1</sup>Änderungen dieser Geschäftsordnung können mit der Mehrheit der Präsidiumsmitglieder beschlossen werden.

### **§ 12 In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten**

<sup>1</sup>Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Bochum in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung des Präsidiums vom 4. Oktober 2010 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 641) außer Kraft.